

Regierungsrat äussert sich zur «Spange»

EGG. Der Regierungsrat des Kantons Zürich nimmt Stellung zum Egger Verkehrsstreit. Die in die Angelegenheit involvierten Parteien ziehen aus seinen Aussagen jeweils unterschiedliche Schlüsse.

BENJAMIN ROTHSCHILD

Die emotional geführten Diskussionen über die Zentrumsumfahrung von Egg ziehen ihre Kreise längst über die Gemeindegrenzen hinaus: Im Juli dieses Jahres reichte die in der Stadt Zürich wohnhafte Kantonsrätin Sabine Ziegler (SP) eine Anfrage beim Zürcher Regierungsrat ein. Unter anderem wollte die gemäss eigenen Aussagen in verkehrspolitischen Fragen bewanderte Politikerin wissen, wie dieser die jeweiligen Varianten zur Egger Ortsumfahrung einschätzt.

Eine Variante mit dem Namen «kleine Spange» sieht vor, die Forchstrasse zu entlasten und den Verkehr durch die neue Meilenerstrasse, eine

Quartierstrasse, zu führen. Gemäss einer Abwandlung dieser Variante soll die neue Meilenerstrasse tiefergelegt und überdeckt werden – eine Art «Tunnelvariante» also. Als dritte und letzte Variante steht eine Verbreiterung der Forchstrasse bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Verkehrsabwicklung über die neue Meilenerstrasse im Raum. Diese auch als «Null Plus» bekannte Variante ist das bevorzugte Szenario der Interessengemeinschaft Ortsdurchfahrt Egg (IG OD Egg), während der Egger Gemeinderat die – ober- oder unterirdische – «Spange» bevorzugt, um das Egger Zentrum zu entlasten.

Der Regierungsrat verzichtet in seiner Antwort erwartungsgemäss darauf, sich explizit für eine Variante auszu-

sprechen. Er führt aus, dass «die Varianten in verkehrsfunktionaler Hinsicht ungefähr gleichwertig» seien. Ein Kostenvergleich könne erst nach Vorliegen der Vorprojekte vorgenommen werden.

Mehrkosten für «Tunnel»

Bei der Variante «Spange überdeckt» rechnet der Regierungsrat mit verhältnismässig hohen Investitionskosten. Die Mehrkosten der «Tunnelvariante» wären von der Gemeinde zu tragen. Die Variante «Null Plus» erachtet die kantonale Exekutive nur dann als ausreichend, «wenn die Einmündung der Dorfstrasse in die Forchstrasse geschlossen und das Forchbahntrasse leicht von der Strasse weg verschoben werden könne». Dies ist auch vor dem Hintergrund der anstehenden Sanierung der Forchbahn-Übergänge zu sehen, die bis im Dezember 2014 abgeschlossen sein muss. Ganz allgemein

führt der Regierungsrat aus, dass «die Zentrumsumfahrung von Egg nicht in erster Linie zur Lösung eines Verkehrsproblems, sondern zur Entwicklung des Ortszentrums dient».

Abstimmung über «Null Plus»?

Nach Auffassung von Katharina Kunz von der IG OD Egg illustrieren diese Ausführungen des Regierungsrats deutlich, «dass sich der Kanton nicht für eine Ortskernumfahrung ausspricht». Alle Varianten seien gleichwertig, die «Spange» bringe keinerlei verkehrstechnische Vorteile. «Es ist jetzt auch klar, dass die Variante «Spange überdeckt» voll auf Kosten der Gemeinde gehen würde.» Kunz geht nun davon aus, dass der Gemeinderat die Egger über alle drei Varianten abstimmen lässt. Bisher war nur eine Abstimmung über die beiden «Spangenvarianten» vorgesehen. Den Verkehr im Sinn der Variante «Null Plus» wei-

terhin über die Forchstrasse fliessen zu lassen, wäre nur im Fall eines doppelten Neins in Erwägung gezogen worden. Auch nach Ansicht der Fragestellerin Sabine Ziegler soll sich dies nach der Antwort des Regierungsrats ändern: «Die Variante «Null Plus» muss nun zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Gemeinderat sollte nicht über die Köpfe eines Teils der Bevölkerung hinwegplanen.»

Tobias Zerobin, Gemeindeglied von Egg, mag aus der Antwort des Regierungsrats keine weitreichenden Schlussfolgerungen ziehen: «Das Ausgeführte entspricht dem Bekannten und den Tatsachen.» Es sei noch offen, ob schlussendlich über alle drei Varianten abgestimmt werde oder lediglich über einzelne. Was die Kosten der jeweiligen Varianten betreffe, so würden derzeit Abklärungen getätigt. «Erste Zahlen liegen voraussichtlich im Februar 2014 vor», so Zerobin.

Steuerfuss um fünf Prozentpunkte erhöhen

MAUR. Der Gemeinderat Maur beantragt eine Erhöhung des Gemeindesteuerfusses um fünf Prozentpunkte. Damit soll der neue kantonale Finanzausgleich kompensiert werden.

prozente der Gemeinde. Mit der Erhöhung soll in erster Linie diese Mehraufwendung kompensiert werden. Der Steuerfuss würde damit im kommenden Jahr wieder das Niveau des Jahres 1994 erreichen.

Extern verordnete Ausgaben

zung öffentlicher Räume durch Vereine einsparen.

Die grossen Kostenpunkte, die von der Gemeinde nicht beeinflusst werden können, sind in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales zu finden. Diese werden von kantonalen oder

Steuererhöhung konnte kein ausgeglichener Voranschlag erarbeitet werden. Im kommenden Jahr rechnen die Finanzverantwortlichen bei einem Aufwand von 68,2 Millionen Franken und einem Ertrag von 65,9 Millionen Franken mit einem Minus von 2,3 Mil-

Mehr Ferien für Spitalangestellte

USTER. Die Delegierten der Zweckverbandsgemeinden des Spitals Uster stimmten vorgestern Abend dem Budget 2014 zu. Darin sind die Mehrkosten für eine zusätzliche Ferienwoche für die Mitarbeitenden des Spitals Uster enthalten. Ab 2014 haben somit alle Angestellten Anspruch auf mindestens